

»» Gut Ding will Weile haben! Warum rufen Kommunen Fördermittel nur zögerlich ab?



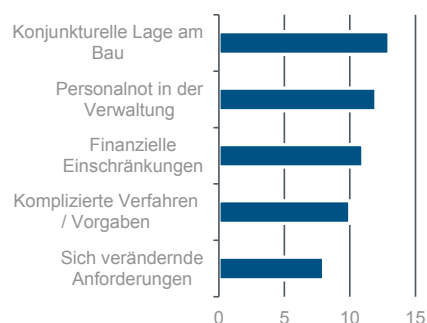
Nr. 168, 27. November 2018

Autoren: Dr. Stephan Brand, Telefon 069 7431-6257, stephan.brand@kfw.de
Dr. Johannes Steinbrecher, Telefon 069 7431-2306, johannes.steinbrecher@kfw.de

Die Investitionsbedarfe steigen schneller als die Investitionen

Auf kommunaler Ebene zeigen sich seit vielen Jahren steigende Investitionsbedarfe, mit denen die Investitionsausgaben nicht Schritt gehalten haben. Das KfW-Kommunalpanel 2018 beziffert den Investitionsrückstand auf knapp 159 Mrd. EUR.¹ Ein zentraler Grund für niedrige Investitionen ist die Haushaltslage. Darum werden den Kommunen über verschiedene Programme von Bund und Ländern Mittel zur Investitionsförderung angeboten. Zum Beispiel hat der Bund über den Investitionsförderfonds in zwei Schritten jeweils 3,5 Mrd. EUR bereitgestellt.² Von 2015 bis Mitte 2018 wurden von Tranche I („Infrastruktur“) zwar 93,5 % der Mittel verplant, aber erst 28,8 % abgerufen. Von Tranche II („Schulsanierung“) wurden 12,2 % seit 2017 verplant, wobei noch kein Mittelabruf stattgefunden hat.

Grafik: Investitionshemmnisse



Anzahl der Nennungen in vertiefenden Interviews.

Quelle: KfW-Kommunalpanel 2018

Trotz des scheinbar zögerlichen Abrufs gehen sowohl das Bundesfinanzministerium als auch die kommunalen Spitzenverbände davon aus, dass die Mittel noch vollständig verplant und abgerufen werden. Denn der verzögerte Abruf lässt

sich nicht durch fehlende Investitions- bzw. Finanzierungsbedarfe, sondern durch strukturelle Ursachen erklären.

Die Gründe für den langsamen Abruf von Fördermitteln sind vielfältig

Als wesentliche Ursachen lassen sich die Verwaltungsprozesse, die konjunkturelle Lage und Gründe in den Kommunen identifizieren (siehe Grafik):

- Der Planungsvorlauf ist oft lang und umfasst komplexe Arbeitsschritte wie die Vorbereitung der politischen Beschlussfassung, das Vergabeverfahren, die verwaltungsinterne Abstimmung oder die Beteiligung der Öffentlichkeit. Klagen, Änderungen der (politischen) Vorgaben oder Mängel bei der Ausführung führen zu weiteren Verzögerungen. Zudem ist die konkrete Umsetzung der Förderprogramme in landesspezifische Regelungen zeitintensiv, sodass Kommunen erst relativ spät Planungssicherheit über die mögliche Ausgestaltung der Förderung bekommen.³ Lange Vorlaufzeiten führen zu späteren Mittelabrufen, die erst nach der Rechnungsstellung vorgenommen werden.

- Auch die gute konjunkturelle Lage sorgt dafür, dass viele Projekte später oder gar nicht begonnen werden können, z. B. weil die Kapazitätsgrenzen bei nahezu allen Dienstleistungen und Unternehmen für Planung und Bau von Investitionsvorhaben erreicht werden. Gerade in prosperierenden Regionen erhalten Kommunen darum deutlich weniger, dafür aber teurere Angebote.⁴

- In den Kommunen müssen für die Inanspruchnahme von Förderprogrammen zeitlich und inhaltlich passende

Vorhaben vorhanden sein. Dies setzt geeignete Verwendungszwecke ebenso voraus wie ein Projektstand, bei dem die Einbindung von Fördermitteln möglich ist. Darüber hinaus müssen haushaltsrechtliche Gegebenheiten erfüllt werden, z. B. die Kofinanzierung des Eigenanteils. Auch die Personalkapazitäten in der Verwaltung sind begrenzt und lassen sich kaum ausweiten, weil offene Stellen beispielsweise für Bauingenieure nicht besetzt werden können.⁵ Ressourcenknappheit und Fachkräftemangel erschweren damit auch das notwendige Fördermittelmanagement, vor allem in finanzschwachen Kommunen.

Auch bei schnellerem Abruf sind Fördermittel keine dauerhafte Lösung

Der zögerliche Abruf der Fördermittel ist also auch ein Zeichen struktureller Hemmnisse.⁶ Der Mittelabfluss ließe sich erhöhen, wenn prozessuale Vorgaben bei Beantragung und Bewilligung in den Förderprogrammen vereinfacht würden. Die schnellere Umsetzung von Projekten bedarf dann weiter gehender Maßnahmen zur Beschleunigung der Planungsverfahren, beispielsweise im Vergaberecht oder den Bauvorschriften. Zudem benötigen Kommunen zusätzliche Kapazitäten oder fachliche Expertise. Der öffentliche Dienst muss hierfür angesichts der aktuellen Fachkräftesituation neue Lösungen entwickeln.

Die Inanspruchnahme von Förderprogrammen erweist sich durch die o. g. Gründe gerade in struktur- und finanzschwachen Kommunen als schwierig. Zur nachhaltigen Steigerung kommunaler Investitionen ist darum eine dauerhaft angemessene Ressourcenausstattung aller Kommunen erforderlich. ■

¹ Vgl. Krone, E. und H. Scheller (2018): **KfW Kommunalpanel 2018**, KfW Research.

² Vgl. BMF (2018): Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen.

³ Vgl. bspw. Geißler, R. (2018): Das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz in der landesrechtlichen Umsetzung, ZKF 2018/10.

⁴ Vgl. Wohltmann, M. (2018): Kreisfinanzen 2017/2018 – Konjunktur und Bundeshilfen sorgen für Überschuss, Der Landkreis 2018/10.

⁵ Vgl. Brand, S. und J. Steinbrecher (2016): **Erst mehr Geld und jetzt mehr Personal – was benötigen Kommunen für Investitionen?** Fokus Volkswirtschaft Nr. 151, KfW Research.

⁶ Vgl. bspw. DStGB (2018): Maßnahmenkatalog zum Abbau des kommunalen Investitionsrückstandes.